



## Politiker sorgen für Diskussionen, Sie reden mit. Die Umfrage des Tages von VN und VOL.AT

» Es soll schärfere Zugangsbeschränkungen an Universitäten geben. Unterstützen Sie das?

Ja: **64,15 Prozent**  
Nein: **35,85 Prozent**

477 Teilnehmer

» Morgige Frage: Peter Pilz (Grüne) will eine österreichische Spionageabwehr gegen US-geheimdienstliche Umtriebe. Brauchen wir das?

Antwortmöglichkeiten  
sonntags auf [www.vol.at](http://www.vol.at)



## Erbrechtsreform angekündigt

WIEN. Justizminister Wolfgang Brandstetter (ÖVP) will im Herbst die Reform des Erbrechts angehen. Geplant sind Änderungen beim Pflichtteilrecht sowie die Berücksichtigung von Lebensgefährten und Pflegeleistungen. Ein interner Entwurf liegt fertig auf seinem Schreibtisch, mit dem Koalitionspartner ist dieser allerdings noch nicht akkordiert, erklärte er gestern bei einer Pressekonferenz.

## Grasser ist wieder gesund

WIEN. Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser sei wieder gesund, erklärte gestern sein Rechtsanwalt Rüdiger Schender von der Kanzlei Böhmendorfer. Die von einem Kinderarzt diagnostizierte Lungenentzündung Grassers hatte zuvor für Aufregung gesorgt. Ein Prozesstermin gegen seinen früheren Steuerberater musste aufgrund seiner Erkrankung verschoben werden.



Karl-Heinz Grasser mit seiner Gattin Fiona.

FOTO: APA

Wochenkommentar

**Johannes Huber**



## Wahlrecht für Persönlichkeiten

Auch Kinder sollen wählen? Auf's Erste traut man seinen Ohren nicht: Zehn-, Zwölfjährige sind bitte noch nicht reif; sie sollen fleißig lernen und in der verbleibenden Zeit unbekümmert spielen. Der Ernst des Lebens kommt früh genug. Es ist ja nicht lustig, sich mit den Streitereien der Politiker auseinanderzusetzen und dann auch noch eine Wahlentscheidung treffen zu müssen.

Wer sich die Argumente des 16-jährigen Deutschen Felix Finkbeiner anhört und die Klage für ein Kinderwahlrecht vor dem Bundesverfassungsgericht liest, muss jedoch feststellen, dass nichts dagegen spricht: Zumindest ab 14, wenn auch in Österreich die Strafmündigkeit eingetreten ist, muss es ein Wahlrecht geben. Und wenn sich noch Jüngere ins Wählerverzeichnis eintragen lassen, dann müssen auch sie zur Urne schreiten dürfen; wer sich bewusst zur Mitsprache meldet, dem darf diese nicht vorenthalten werden.

Das Wahlalter ist veränderbar. 1873 betrug es 24. Ab 1929 waren es nur drei Jahre weniger. Heute

dürfen immerhin schon 16-Jährige mitreden. Das ist zumindest eine Annäherung an Grundsätze, die sich immer mehr herauskristallisieren: Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten. Sie sollen respektiert und ihrem Alter und ihrer Reife gemäß in Entscheidungen einbezogen werden, heißt es in der UN-Kinderrechtskonvention, die auch in Österreich gilt. Ähnliches besagt außerdem Artikel 24 der EU-Grundrechtscharta.

Und tatsächlich beginnen Kinder immer früher, sich mit sozialen Fragen auseinanderzusetzen, die sie betreffen. Smartphones bzw. viele Apps beschleunigen diesen Prozess. Sodass man sagen könnte, dass sie immer reifer werden. Doch das ist ein gefährliches Argument. Denn das Wahlrecht hat jeder, sofern er 16 oder älter ist. Ob er zurechnungsfähig ist oder nicht. Ob er lesen kann oder nicht. Ob er eine Ahnung von Politik hat oder nicht - es gibt (zurecht) keine Prüfung, mit ganz wenigen Ausnahmen (wie Schwerverbrecher) dürfen alle ihre Stimme abgeben. Das ist ein unangreifbares Grundrecht. Kindern kann es daher nicht länger vorenthalten werden.

Auch der Politik würde ein Kinderwahlrecht gut tun. Sie müsste viel stärker die (vermeintlich) Unmündigen der Gesellschaft ernst nehmen und sich etwa um das Wohlergehen von Schülern kümmern. Das wären dann schließlich junge Männer und Frauen, die nicht nur Ansprüche (z.B. auf beste Bildung) sowie eine Meinung haben, sondern diese am Wahltag auch zum Ausdruck bringen können.

[johannes.huber@vorarlbergernachrichten.at](mailto:johannes.huber@vorarlbergernachrichten.at), 01/3 17 78 34-10

VN-INTERVIEW. Felix Finkbeiner (16)

# Auch Felix will wählen

## Durch eine Klage will ein 16-jähriger Deutscher ein Kinderwahlrecht erkämpfen.

WIEN. (VN-joh) Als neunjähriger hat Felix Finkbeiner die Schülerinitiative „Plant for the Planet“ ins Leben gerufen. Sie hat dafür gesorgt, dass seit 2007 weltweit 12,99 Milliarden Bäume gepflanzt worden sind. Als 16-Jähriger hat der Bayer nun zusätzlich eine ganz andere Initiative gestartet; ihr Ziel ist die Einführung eines Kinder- und Jugendwahlrechts. Eine Klage dazu hat Finkbeiner mit Gleichgesinnten beim deutschen Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingebracht.



Sorgte als heute 16-Jähriger bereits dafür, dass weltweit 12,99 Milliarden Bäume gepflanzt wurden: Felix Finkbeiner. FOTO: PLANT FOR THE PLANET

## Erleben Sie das auch, dass andere Leute die Forderung nach einem Kinderwahlrecht zunächst belächeln?

FINKBEINER: Viele haben sich noch nie damit beschäftigt. Aber man kann sie relativ leicht überzeugen.

## Was ist denn das beste Argument dafür?

FINKBEINER: Die Auswirkungen: Weil wir von Wahlen ausgeschlossen sind, werden unsere Interessen von der Politik nicht wahrgenommen. Es gibt viele Themen, wo wir andere Meinungen haben als Erwachsene. Zum Beispiel bei den Schulden; die werden einfach auf Kosten zukünftiger Generationen gemacht. Auch bei

„Unser Ziel ist nicht, dass Kinder zur Wahlurne krabbeln.“

FELIX FINKBEINER

der Bildung gibt es viele Meinungsunterschiede. Die Klima- und die Gerechtigkeitskrise sind nach Einschätzung von Kindern und Jugendlichen überhaupt die größten Krisen. Aber beim letzten Kanzlerduell sind sie nicht erwähnt worden.

## Sind Kinder überhaupt reif zum Wählen?

FINKBEINER: Unser Ziel ist es nicht, dass Kinder zur Wahl-

urne krabbeln. Kinder und Jugendliche sollen vielmehr ab dem Zeitpunkt wählen dürfen, ab dem sie sich bereit dafür halten; dann sollen sie sich in die Wahlliste eintragen lassen können.

## Interessiert das die Jungen überhaupt?

FINKBEINER: Ich kenne durch „Plant for the World“ viele engagierte Kinder und Jugendliche, die sich Meinungen bilden. Andererseits gibt es bei den Erwachsenen extrem viele, die uninteressiert sind, und über Politik extrem wenig wissen.

## Welche Chancen rechnen Sie sich mit Ihrer Klage vor dem

## Bundesverfassungsgericht aus?

FINKBEINER: Ganz schwer zu sagen. Natürlich hoffe ich, dass wir erfolgreich sein werden. Wichtig wäre es aber auf jeden Fall, eine Begründung zu bekommen. Vor 20 Jahren wurde eine ähnliche Klage abgewiesen. Das Bundesverfassungsgericht sagte damals, es gebe zwingende Gründe für das Wahlalter 18 und es sei historisch erhärtet. Historisch erhärtet ist es aber nicht; früher war es höher. Und die zwingenden Gründe wurden nicht erwähnt. Das wundert mich nicht: 18 ist ein zufällig gewähltes Alter. In einigen Bundesländern beträgt das Wahlalter wie in Österreich beispielsweise 16.

## In der Klageschrift wird darauf hingewiesen, dass Demente wählen dürfen. Wollen Sie einen Generationenkonflikt schüren?

FINKBEINER: Nein, auf gar keinen Fall wollen wir, dass älteren Menschen das Wahlrecht entzogen wird. Auf gar keinen Fall! Wir wollen mit dem Hinweis unterstreichen, dass man Kindern und Jugendlichen das Wahlrecht nicht vorenthalten kann.

## Wollen Sie selbst einmal Politiker werden?

FINKBEINER: Das weiß ich noch nicht.

[vorarlbergernachrichten.at/mehrwissen](http://vorarlbergernachrichten.at/mehrwissen)

**Kinderwahlrecht.** Klage vor dem deutschen Bundesverfassungsgericht dafür im Wortlaut.

VOR 100 JAHREN. Zeitungen vom 19. Juli 1914

## „Ultimatum erreicht“

WIEN. (VN-joh) Krieg? Immer öfter findet sich das Wort im Zusammenhang mit den Folgen des Attentats von Sarajevo in den Tageszeitungen. Österreich fordert von Serbien Konsequenzen: Die Hintermänner des Anschlags sollen zur Verantwortung gezogen und zudem großserbische Ambitionen aufgegeben werden. Lehne Serbien dies ab, dann sei „die Form des Ultimatums erreicht“, schreibt das „Vorarlberger Volksblatt“ am 19. Juli 1914.

Karikatur

Happy Birthday, Angie!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT



Freispruch im „Ruby-Prozess“ für Silvio Berlusconi. FOTO: EPA

## Berlusconi freigesprochen

MAILAND. Silvio Berlusconi ist im „Ruby“-Prozess um Sex mit minderjährigen Prostituierten und Amtsmissbrauch in zweiter Instanz freigesprochen worden. Ein Berufungsgericht in Mailand erklärte den früheren Regierungschef gestern überraschend für unschuldig.

Der ihm vorgeworfene Amtsmissbrauch habe nicht stattgefunden, den Sex mit minderjährigen Prostituierten sahen die Richter nicht als Straftat an. Das Urteil für den 77-Jährigen ist jedoch nicht rechtskräftig, eine weitere Berufung vor dem Kassationsgericht ist möglich.

## Bodenoffensive im Gazastreifen gestartet

Israel rückt mit Kampfpanzern ein. Die Zahl der Toten steigt.

JERUSALEM. Mit der neuen Bodenoffensive im Gazastreifen will die israelische Armee die militärische Infrastruktur der radikal-islamischen Hamas zerschlagen. Der Einsatz der Bodentruppen, den Luftwaffe und Marine unterstützten, weckte international Sorgen, dass es in dem dicht besiedelten Küstenstreifen am Mittelmeer noch mehr zivile Opfer geben wird. Die Bodenoffensive begann nach tagelangem Beschuss und einer vereitelten Kommandoaktion militanter Palästinenser, die offenbar einen Anschlag in Israel verüben wollten. Im Nahen Osten eskaliert die Gewalt seit dem 8. Juli wieder. Bis gestern wurden bei israelischen Bombardements im Gazastreifen seither mindestens 271 Menschen getötet und 2050 verletzt. Unter

den Opfern sind zahlreiche Frauen und Kinder. Auf israelischer Seite kam ein Soldat bei dem Bodeneinsatz ums Leben. Zuvor starb ein israelischer Zivilist durch palästinensischen Beschuss.

Mit der Bodenoffensive sollen der Raketenbeschuss israelischer Orte durch Milizen der Hamas unterbunden und die militärische Infrastruktur der radikal-islamischen Organisation geschwächt werden. „Das Ziel ist es, eine Realität zu schaffen, in der israelische Bürger in Sicherheit und ohne willkürlichen Terror leben“, teilte die Armee mit. Die Hamas drohte, der Gazastreifen werde sich in einen Friedhof für israelische Soldaten verwandeln, sollten die Truppen ins Innere des Küstenstreifens vordringen.

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon will sich im Nahen Osten für eine Waffenruhe einsetzen. Am Samstag werde er in die Region reisen.

## TTIP: Stockende Verhandlungen

BRÜSSEL. Auch nach einem Jahr intensiver Verhandlungen ziehen sich die Gespräche zwischen den USA und der EU über eine Freihandelszone (TTIP) hin. Das besonders heiß umstrittene Thema Investitionsschutz wird sich mindestens bis Jahresende verzögern.

Die EU-Kommission müsse nach der öffentlichen Befragung nun fast 150.000 Stellungnahmen bewerten, sagte der EU-Verhandlungschef Ignacio Garcia Bercero gestern nach Ende der sechsten Gesprächsrunde in Brüssel: „Eine substantielle Analyse der Ergebnisse mit Vorschlägen für den weiteren Weg werden wir wahrscheinlich erst im November vorlegen können.“

Auch die sechste Verhandlungsrunde ging ohne nennenswerte Ergebnisse zu Ende. Im Bereich Telekom, Mittelstand und Handelserleichterungen habe man sich lediglich angenähert, sagte Garcia Bercero.